

Ratsherr große Deters bezieht sich auf den Zwischenbericht von Herrn Geyer in der heutigen Sitzung zum Handlungskonzept „Wohnen Rheinbach 2030“, wonach in Rheinbach ein Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen besteht. Nach Aussage von Ratsherrn große Deters werden nur 20 % der Fördermittel von öffentlichen Gesellschaften abgerufen. Er wünscht sich mehr Engagement der öffentlichen Hand und begründet dies:

1. Wegfall des Problems der auslaufenden Sozialbindungen
2. Angebot von bezahlbarem Wohnraum
3. Schaffung eines Beitrages zu der mit dem Handlungskonzept „Wohnen Rheinbach 2030“ angestrebten Zielsetzung „Schaffung einer gesunden Sozialstruktur“
4. Einfluss auf die Belegung der Wohnung mit Menschen aus verschiedenen Einkommenschichten. Die von den privaten Eigentümern praktizierte Belegung mit Transferleistungsempfängern liegt aus sozialpolitischer und städtebaulicher Sicht nicht im Interesse der Stadt.

Damit mehr bezahlbare Wohnungen in öffentlichem Eigentum entstehen können, schlägt die SPD-Fraktion vor, Vereinbarungen mit der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Kreises über eine deutliche Ausweitung ihrer Aktivitäten zu treffen oder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft ggfls. gemeinsam mit Nachbarkommunen zu gründen. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Geyer, dass ein Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen besteht, bittet Ratsherr große Deters den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu modifizieren:

„Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Januar 2017 wird insoweit gefolgt, als dass im Zuge der Erstellung des Handlungskonzeptes Wohnen Rheinbach 2030, da der Bedarf an einer Vermehrung des Wohnungsbestandes der öffentlichen Hand zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum besteht, mögliche Handlungsfelder geprüft werden.“

Vor einer Entscheidung zu dem Tagesordnungspunkt erachtet sachkundiger Bürger Höfel es für zwingend notwendig, dass den Fraktionen der Zwischenbericht von Herrn Geyer zum Handlungskonzept „Wohnen Rheinbach 2030“ zur Kenntnis gegeben wird. Er beantragt deshalb im Namen der CDU-Fraktion, die Entscheidung zu vertagen und den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Vorsitzender Pütz stellt den Antrag von sachkundigem Bürger Höfel zur Abstimmung.